

## Frühjahrssession 2021 Sessionsrückblick - 1. Woche



### Sessionsauftakt

Mahnende Worte hat Nationalratspräsident Andreas Aebi (SVP/BE) zum Beginn der Frühjahrssession an seine Kolleginnen und Kollegen gerichtet und sie zu fairem Handeln in der Corona-Krise aufgerufen. Die Stimmung werde zunehmend aggressiver und kompromissloser. "Wir sind Teil dieser Entwicklung", stellte Aebi fest. "Wir treiben diese Stimmung aber häufig auch an." Es gebe diskreditierende Äusserungen, Indiskretionen, unredliche Behauptungen und Vergleiche oder gar Aufrufe zum Gesetzesbruch. Die Parlamentarier könnten es eigentlich besser. Er ermahnte sie, die richtigen Instrumente zu nutzen, um Einfluss zu nehmen.

### Nationalrat will Verkauf der RUAG Ammotec stoppen

Der Nationalrat will den Verkauf der Ruag Ammotec stoppen. Er hat dazu eine entsprechende Motion von Werner Salzmann, welche ich übernommen habe, mit 110 zu 79 Stimmen und bei 2 Enthaltungen angenommen.

Durch einen Verkauf der Ruag Ammotec setzt der Bundesrat die sichere Versorgung der Schweiz mit Munition aufs Spiel. Die Fähigkeit der Schweiz, als unabhängiger und neutraler Staat Munition herzustellen, soll auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes bleiben!

Unter folgendem Link können Sie sich mein Votum ansehen:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=276318>





## Geldwäscherei

Das Parlament will das Geldwäschereigesetz punktuell verschärfen, lehnt aber neue Regeln für Anwälte, Notare und andere Berater ab. Der Nationalrat ist am Montag weitgehend den Vorschlägen des Ständerats gefolgt. In der Gesamtabstimmung stimmte er mit 123 zu 67 Stimmen bei einer Enthaltung für die Vorlage. Die kleine Kammer hatte im Herbst der Kritik der Rechtsbranche Rechnung getragen, dass auch Anwältinnen und Anwälte unter das geänderte Gesetz fallen sollten. Sie strich die entsprechenden Bestimmungen aus der Vorlage. Unter dem Strich verbleiben nur noch wenige gewichtige Anpassungen gegenüber heute. Offen bleibt die Frage, wann Banken und andere Finanzintermediäre einen Verdacht auf Geldwäscherei melden müssen. Damit beschäftigt sich nun wieder der Ständerat.

## Medien

Der Nationalrat hat in einer fünfstündigen Debatte die künftige Ausgestaltung der Medienförderung in der Schweiz konkretisiert. Er will neu auch Onlinemedien fördern und hat dafür jährlich 30 Millionen Franken beschlossen. Darüber hinaus will er die Früh- und Sonntagszustellung von Zeitungen mit 40 Millionen Franken verbilligen. Die Beiträge an die Ermässigung der Zustellungstarife für abonnierte Zeitungen hat die grosse Kammer von 30 auf 50 Millionen Franken jährlich erhöht. Die Mitgliedschafts- und Stiftungspreise soll neu 30 statt 20 Millionen Franken erhalten. Zudem beschloss der Nationalrat, die Onlinetextbeiträge der SRG weiter einzuschränken. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

Scharfe Kritik am Medienpaket kommt hingegen von rechts.

«Gefördert werden» und «sich abhängig machen», das liege sehr nahe zusammen, sagt Roland Rino Büchel (SVP/SG):

**«Das Betteln um Unterstützung, wie es gewisse Medienunternehmer aktuell betreiben, beunruhigt mich.»**



Roland Rino Büchel, St.Galler SVP-Nationalrat.

Bild: Gaetan Bally / KEYSTONE

Gerade mit der geplanten Onlineförderung riskiere das Parlament, «Medienprodukte heranzuzüchten, welche ohne staatliche Hilfe nicht überlebensfähig wären». Zugleich könne er nachvollziehen, dass ein höherer Anteil für Private den Druck auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten etwas erhöhe. «Und das schadet definitiv nicht.» Persönlich informiere er sich breit auf den klassischen Medien, «auch online und international», sagt Büchel. Allerdings habe sein Medienkonsum während des Coronajahres 2020 abgenommen. Der permanente Fokus auf die Krise sei ermüdend.

## Corona-Lockerungen

Der Nationalrat erhöht den Druck auf den Bundesrat für schnellere Lockerungen der Corona-Massnahmen: Die Regierung soll am 22. März Gastro-, Freizeit-, Kultur- und Sportbetriebe öffnen. Zudem soll sie etwa die Fünf-Personen-Regel in Innenräumen per sofort aufheben und die massvolle Nutzung von Terrassen für den Take-away-Betrieb umgehend ermöglichen.



Das fordert die grosse Kammer mit einer Erklärung, die sie am Mittwoch knapp mit 97 zu 90 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen hat. Die Erklärung hat keinen bindenden Charakter für den Bundesrat, er muss nicht danach handeln. Mit der Erklärung werde der Ärger der Menschen transportiert, der sich in Briefen an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier äussere, sagte Martin Landolt (BDP/GL) im Namen der Wirtschaftskommission.

Nachfolgend die Erklärung im Überblick:

## **NATIONALRAT**

Frühjahrssession 2021

### **21.028 Erklärung des Nationalrats. Umgehende Lockerungen der Corona-Massnahmen**

#### **Entwurf der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates**

vom 26. Februar 2021

Gestützt auf Artikel 32 seines Geschäftsreglements (GRN; SR 171.13) fordert der Nationalrat den Bundesrat dringlich auf, die Corona-Massnahmen folgendermassen zu lockern:

- Der Bundesrat soll umgehend eine Strategieanpassung vornehmen: Intensiviertes Testen und Impfen, Impfanreize. Dafür mehr Öffnungen und weniger Verbote.
- Die 5-Personen-Regel ist umgehend auch in Innenräumen aufzuheben.
- Die Gastrounternehmen wie auch Betriebe in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport sind ab dem 22. März 2021 offen zu halten. Die zur Bekämpfung der Pandemie notwendigen Schutzkonzepte, wie die Beschränkung der maximalen Besucherzahl, die maximale Platzzahl pro Tisch oder die Festlegung der Sperrstunden nach 22.00 Uhr beschliesst der Bundesrat, soweit er die Zuständigkeit nicht an die Kantone delegiert.
- Die massvolle Nutzung der Terrassen für den «Take-away-Betrieb» ist den Kantonen umgehend zu ermöglichen.
- Es ist umgehend eine Öffnungsstrategie und Planungssicherheit für kulturelle und sportliche Grossanlässe zu schaffen.

Eine Minderheit der Kommission (Birrer-Heimo, Badran Jacqueline, Bendahan, Glättli, Grossen Jürg, Mettler, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth) beantragt die Ablehnung der Erklärung.

Ich bin überzeugt, dass es jetzt angebracht ist, den Pfad der Angst und Katastrophenszenarien zu verlassen. Was Unternehmen (insbesondere die Gastronomie), Museen, Theater, Kinos, Freizeit- und Sporteinrichtungen jetzt brauchen, sind Lockerungen im Vertrauen auf die für viel Geld und seriös erarbeiteten Schutzkonzepte. Jeder weitere Tag, an dem die vom Bundesrat angeordneten – und oftmals nicht nachvollziehbaren – Massnahmen aufrechterhalten werden, verursacht immense Kosten und psychische wie auch soziale Schäden.

In einigen Kantonen sind übrigens bereits alle über 75jährigen geimpft. Wichtig zu wissen ist dabei, dass über die Hälfte der Schweizer Coronatoten in Altersheimen lebte. Nun ist dort – der volle Schutz entfaltet sich eine Woche nach der zweiten Impfung – ein Grossteil der Bewohner gegen das Coronavirus geschützt. Deshalb sollte der Rest der Bevölkerung mit Schutzkonzepten wieder möglichst frei arbeiten und leben können.



### **Parteispenden**

Der Nationalrat hat einem Gesetzesentwurf für mehr Transparenz zugestimmt. Das Votum fiel mit 113 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Nein-Stimmen kamen von der SVP und einem grossen Teil der Mitte-Fraktion. Das Kernstück der Vorlage ist die Höhe des Schwellenwerts, ab welchem Spenden an Parteien und Politikerinnen und Politiker offengelegt werden müssen. Der Nationalrat legte den Wert bei 15'000 Franken fest. Er sprach sich weiter etwa dafür aus, dass auch Mitglieder des Ständerats ihre Wahlkampfbudgets offenlegen müssen. Mit dem Gesetzesentwurf sollen die Urheber der Transparenzinitiative dazu bewogen werden, ihre Initiative zurückzuziehen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

### **Bundesrichterwahl**

Die Justizinitiative, die Bundesrichterinnen und Bundesrichter künftig per Los bestimmen will, hat im Nationalrat wenig Rückhalt. Auch Vorschläge, das Wahlverfahren mit anderen Verfassungs- oder Gesetzesänderungen zu erneuern, dürften keine Mehrheit finden. Zwar hat die grosse Kammer nach der gut zweistündigen Debatte noch keine materiellen Entscheide getroffen. Die Stimmungslage ist aber deutlich: Die Mehrheit sieht keinen unmittelbaren Handlungsbedarf und will die Initiative deutlich zur Ablehnung empfehlen. Wie heute sollen Bundesrichterinnen und -richter von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt werden. Auch die von der Ratslinken eingebrachten Anträge für direkte oder indirekte Gegenvorschläge geniessen bei der bürgerlichen Mehrheit wenig Sympathien. Definitiv entscheiden über die Initiative und die Anträge wird der Nationalrat am kommenden Dienstag.

### **Flüchtlinge**

Schutzbedürftige Menschen - also Personen mit S-Status - können ihre Familien wie anerkannte Flüchtlinge mit Asylstatus auch künftig sofort zusammenführen. Der Nationalrat hat eine Praxisänderung, wie sie der Ständerat wollte, zum zweiten Mal abgelehnt. Die grosse Kammer folgte der knappen Mehrheit ihrer Staatspolitischen Kommission (SGK-N) und trat nicht auf einen Gesetzesentwurf ein. Der Entscheid fiel mit 110 zu 81 Stimmen. Mit dem neuerlichen Nein ist die Vorlage vom Tisch. Der Entwurf des Ständerats sah vor, dass für schutzbedürftige Personen beim Familiennachzug die gleichen Voraussetzungen gelten sollten wie bei vorläufig Aufgenommenen. Betroffene sollten ihre Familien erst nach drei Jahren in die Schweiz holen dürfen.

### **Illegaler Handel**

Das Parlament will den illegalen Handel mit international geschützten Tieren und Pflanzen härter bestrafen. Es hat dafür das Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten verschärft. Damit werden künftig schwere Fälle von illegalem Handel als Verbrechen behandelt. Ein schwerer Fall liegt vor, wenn eine "grosse Anzahl" von geschützten Exemplaren vorliegt - beispielsweise hundert Kilogramm Elfenbein oder mehr als fünfzig Schals der Tibetantilope. Die Höchststrafe soll bis zu fünf Jahre Gefängnis betragen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat dem Geschäft zugestimmt. Das Votum fiel mit 175 zu 0 Stimmen bei 18 Enthaltungen. Die Enthaltungen kamen aus den Reihen der SVP. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.

### **Pflege**

Das Parlament will den Pflegeberuf mit einer Ausbildungsinitiative und neuen Kompetenzen stärken. Das sieht der Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative vor. In zwei Punkten sind sich die Räte aber weiterhin nicht einig. Einerseits geht es um die kantonale Zuständigkeit bei den Ausbildungsbeiträgen.



Der Nationalrat will die Kantone verpflichten, angehenden Pflegefachkräften Beiträge an die Lebenshaltungskosten zu leisten und veranschlagt dafür 469 Millionen Franken. Der Ständerat will diese Leistung jedoch als freiwillig gestalten und beantragt 369 Millionen Franken. Die zweite Differenz dreht sich um die Frage, für welche Pflegende, die selbstständig abrechnen wollen, eine Vertragspflicht gelten soll. Die Vorlage geht nun ein letztes Mal zurück an den Ständerat.

### **Urheberrecht**

Der Nationalrat ist der Ansicht, dass beispielsweise Hotels, Spitäler und Gefängnisse keine Urheberrechtsentschädigung bezahlen müssen, wenn öffentliche Werke wie Filme oder Musik in ihren privaten Räumen verwendet werden. Er will das Urheberrechtsgesetz entsprechend anpassen. Der Rat entschied sich mit 119 zu 65 Stimmen und bei einer Enthaltung, einer parlamentarischen Initiative von Philippe Nantermod (FDP/VS) Folge zu geben. Eine Minderheit der Rechtskommission war gegen den Vorstoss, weil sie den im Urheberrechtsgesetz getroffenen Kompromiss nicht gefährden wollte. Nun ist die Ständeratskommission am Zug.

### **Backwaren**

Das Parlament führt für Brot und Backwaren eine Deklarationspflicht ein: Das Produktionsland soll an einem für Kundinnen und Kunden gut sichtbaren Platz angegeben werden. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einen entsprechenden Vorstoss angenommen. Die grosse Kammer stimmte mit 166 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S). Der Bundesrat ist ebenfalls damit einverstanden. Er kann sich damit an die Anpassung der Gesetze machen. Nicht deklariert werden sollen Pizzas und Paniermehl, dafür aber beispielsweise Aufbackbrötchen und Sandwiches. Die Branchenverbände unterstützen die Motion.

### **Fair-Preis-Initiative**

Beim indirekten Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative streiten sich die Räte über ein Verbot des sogenannten Geoblocking. Der Nationalrat hat in der zweiten Beratungsrunde am Donnerstag darauf bestanden und seinen Vorschlag angepasst. Der Ständerat war bisher gegen ein solches Verbot; er hat nun wieder das Wort. Umstritten ist auch die Re-Importklausel, der marktbeherrschende und auch relativ marktmächtige Anbieter unterstellt werden sollen. Der Nationalrat möchte sie in die Vorlage schreiben, der Ständerat bisher nicht. Die Initiative "Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise" hat den Schweiz-Zuschlag im Visier. Parlament und Bundesrat empfehlen ein Nein.

### **Landwirtschaft**

In der Vorlage zur Verminderung von Pestizid-Risiken für das Trinkwasser sind nach wie vor zwei Punkte umstritten. Noch nicht einig sind sich die Räte, wie weit die Offenlegungspflicht für Dünger- und Futterlieferungen gehen soll. Diese soll Grundlage sein für die Erstellung von Nährstoffbilanzen. Der Nationalrat will eine Offenlegungspflicht für Dünger und für an Landwirtschaftsbetriebe gelieferte Futtermittel. Der Ständerat will nur Düngemittel einbeziehen, aber nicht das Futter. Umstritten ist auch, ob die Kantone mehr Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen festlegen müssen, damit das Trinkwasser besser geschützt werden kann.



### **Aussenwirtschaftspolitik**

Der Nationalrat hat den Bericht des Bundesrats zur Aussenwirtschaftspolitik für das Jahr 2020 zur Kenntnis genommen. Auch in der Aussenwirtschaftspolitik war die Bewältigung der Corona-Pandemie ein zentrales Thema. Der Einbruch des Bruttoinlandproduktes sei in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ gering gewesen, sagte Kommissionssprecher Roland Fischer (GLP/LU). Thema im Bericht war zude etwa die Beziehung zur europäischen Union. Dabei sei dem Rahmenabkommen zu wenig Raum gegeben worden, hat die Kommission gemäss Fischer moniert. Es handle sich um ein sehr wichtiges Thema, zu welchem mehr Ausführungen gewünscht worden wären.

### **Aufsichtskommissionen**

Der Nationalrat hat die Jahresberichte der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) beider Kammern und der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) zu Kenntnis genommen. Die GPK des Nationalrates war in einer Untersuchung zum Schluss gekommen, dass es zurzeit keine Hinweise auf eine unrechtmässige Anwendung von Notrecht durch den Bundesrat in der Corona-Krise gebe. Die Geschäftsprüfungsdelegation ihrerseits befasste sich unter anderem mit der Crypto-Affäre, wie GPDel-Präsident Alfred Heer (SVP/ZH) ausführte. Der Bericht bestätigte die Vorwürfe, wonach die Schweiz mit den Geräten gewissermassen Spionage mitbetrieben hat.

### **Medizin**

Der Nationalrat hat mit 98 zu 92 Stimmen eine Motion von Ständerätin Marina Carobbio Guscetti (SP/TI) abgelehnt, die vor dem Hintergrund der Pandemie Massnahmen für die Ausbildung von mehr Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz fordert. Verlangt wurden unter anderem eine Überprüfung der Zulassungsbedingungen zum Studium oder ein grösseres Weiterbildungsangebot. Die Mehrheit im Nationalrat verwies auf die bisherigen Massnahmen für die Behebung des Ärztemangels hin sowie auf die Kompetenz der Kantone. Die befürwortende Minderheit verwies auf den personellen Notstand im Gesundheitswesen. Die Schweiz sei bei der Rekrutierung auf das Ausland angewiesen. Die bisherigen Massnahmen genügten nicht. Die Motion ist vom Tisch.

### **Corona-Virus**

Der Nationalrat stellt in der dritten Woche der Frühjahrsession das Coronavirus in den Fokus. Das Büro des Nationalrats hat entschieden, fünf eingereichte Vorstösse als dringlich zu behandeln. Die Interpellationen werden am 17. März behandelt, wie die Parlamentsdienste mitteilten. Es handelt sich um vier Interpellationen von Fraktionen und eine des St. Galler SVP-Nationalrats Roland Rino Büchel. Der Bundesrat wird sich vielen Fragen stellen müssen. Es geht um die Datenerfassung, mögliche Ausstiegs-Strategien, das Einführen eines elektronischen "Covid-free Nachweises" oder um die Frage, ob der Bundesrat den Forderungen nach dem Öffnungsschritt vom 22. März nachkommt.

Bern, im März 2021  
David Zuberbühler